



# NÖGemeinde

Das Fachjournal für Kommunalpolitik

Gemeindevertreterverband der Volkspartei Niederösterreich



DVR: 0930 423

## Großereignis

Das war der Gemeindetag  
in Kitzbühel



**SPORT BRAUCHT MEISTER.  
SCHON VOR DEM START.**

STRABAG Sportstättenbau hat sich auf die Planung, die Errichtung und die Wartung multifunktionaler Sportstätten spezialisiert. In Zusammenarbeit mit unseren Kunden und unter Berücksichtigung der lokalen Gegebenheiten entwickeln wir bedarfsgerechte Lösungen für unterschiedlichste Anforderungsprofile. Das Portfolio reicht von Naturrasenplätzen, Kunststoff- und Kunst-rasenbelägen bis hin zu Sporthallenböden.

**STRABAG AG - Sportstättenbau**

Breitwies 32, 5303 Thalgau  
Tel. +43 6235 6471-0  
Polgarstrasse 30, 1220 Wien  
Tel. +43 1 21728-516  
sportstättenbau@strabag.com

**STRABAG**

## Aktuell im Juli

### politik



Gemeindetag: Gemeinden sind zu vernünftigen Reformen bereit

- 04 Gemeindetag in Kitzbühel
- 06 Die Forderungen der österreichischen Gemeinden

### finanzen

- 07 Landesbudget: Keine Belastungen für Bürger
- 08 Ertragsanteile steigen an

### recht & verwaltung



Die NÖ Bauordnung regelt die Anzeigepflicht von Carports

- 12 Neuerliche Änderung der Bauordnung

### personalia

- 14 Robert Hink im Ruhestand
- 16 Walter Leiss ist neuer Generalsekretär des Gemeindebundes

## Den Sommer für kommunalpolitischen Austausch nützen

Mit dem Gemeindetag in Kitzbühel ist das kommunalpolitische Großereignis des Jahres über die Bühne gegangen: 2300 Gemeindevertreter waren dabei, 350 alleine aus Niederösterreich. Die Stimmung hätte besser nicht sein können, die Themen nicht besser gewählt und diskutiert. Tenor des Gemeindetages: Die Gemeinden sind auf einem guten Weg, obwohl die Zeiten nicht einfacher, die Sorgen nicht weniger und die Herausforderungen für die Kommunen nicht geringer werden. Mit vereinten Kräften, Disziplin und Hausverstand stellen wir Gemeindevertreter uns nicht nur unseren Aufgaben, sondern werden auch entsprechende Lösungen auf die vielen Fragen und Problem finden – im Sinne unserer Bürger in den Gemeinden. Und auch wenn sich die Entwicklung der Ertragsanteile positiv gestaltet, die Gemeindefinanzen auf dem Weg der Besserung sind, muss ich dennoch vor voreiliger Euphorie warnen. In den Gemeinden hat sich in den Krisenjahren ein Rückstau bei den Investitionen gebildet, den es aufzuholen gilt. Und jedes Mal wenn sich die Gemeindefinanzen halbwegs erholen, kommen die nächsten finanziellen Herausforderungen für die Gemeinden daher. Egal ob es um die Eisenbahnkreuzungen, die Akademisierung der Kindergartenpädagoginnen oder die schulische Nachmittagsbetreuung geht, in jedem Fall treffen die Kommunen enorme Kosten, die es zu bewältigen gilt. Daher sagen wir nicht generell nein zu derartigen Aufgaben, aber wenn wir diese erfüllen sollen, brauchen wir auch die entsprechenden Mittel.

Gelegenheit über die kommunalpolitischen Herausforderungen zu diskutieren, gibt es schon bald anlässlich der Kommunalen Sommergespräche in Bad Aussee. Ich würde mich freuen, wenn wir uns dort treffen. Der Anlass bietet sich in der Sommerpause hervorragend für Gedanken- und Erfahrungsaustausch, Netzwerke zu knüpfen, Freundschaften zu pflegen.

Derweil laufen bereits die Vorbereitungen für den nächsten Gemeindetag, der 2012 ein Heimspiel wird. Ich freue mich schon jetzt, dass Niederösterreich nächstes Jahr zur kommunalpolitischen Bühne wird.

Bis dahin bleibt uns noch genug Zeit Themen zu diskutieren, Aufgaben anzugehen und neue Pläne zu machen – nützen wir den Sommer zur Erholung und Entspannung, damit wir im Herbst wieder erfrischt und motiviert durchstarten können.

LAbg. Bgm. Mag. Alfred Riedl  
Präsident





Bei einem Gemeindetag in Tirol durften natürlich Schützen und Kaiserjäger nicht fehlen.

# Gemeinden sind zu **vernünftigen Reformen** bereit

*Der Österreichische Gemeindetag fand heuer in Kitzbühel statt*



Kitzbühel bot alles auf, was es an Prominenz zu bieten hat. Im Bild: Hansi Hinterseer mit Bürgermeister Klaus Winkler.

Das weltweit als Schiort bekannte Kitzbühel war Schauplatz des 58. Gemeindetags. Bei der traditionellen Festveranstaltung appellierte Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer an die anwesenden Bundespolitiker – darunter Bundespräsident Heinz Fischer und Bundeskanzler Werner Faymann – endlich die anstehenden Probleme anzugehen. „Mander s'ischt Zeit“, rief der Gemeindebund-Chef in Andreas-Hofer-Manier ins Publikum. Mehrfach wurde bei den diversen Veranstaltungen des Gemeindetages betont, dass die Einigung über den Pflegefonds ein wichtiger erster Schritt sei, dem aber noch weitere folgen müssen. Denn für die Zeit nach 2014 gibt es noch keine Lösung. Auch bei der Fachveranstaltung mit

Mödlhammer, Sozialminister Rudolf Hundstorfer und dem Präsidenten des Tiroler Gemeindeverbandes, Ernst Schöpf, wurde heftig über das Thema Pflege diskutiert. So forderte etwa der neue zweite Vizepräsident des GVV, Johannes Pressl, dass die Diskussion über die Wehrpflicht in die Pflege-debatte miteinbezogen werden sollte. Wenn ein verpflichtender Sozialdienst eingeführt wird, müsse dieser auch für Frauen verpflichtend sein.

## **Gemeinden in der demographischen Falle**

Ein wichtiges Thema des Gemeindetages war auch die demographische Entwicklung. „Wir wissen, dass sich die Zahl der 85-Jährigen bis 2030 verdoppeln wird. Davor kann man nicht länger die Augen verschließen“, stellte Ernst Schöpf bei

der Pressekonferenz vor der Eröffnung klar.

Mödlhammer wehrte sich vehement gegen den Vorwurf, dass die Gemeinden Reformverweigerer seien. „Wir sind zu allen vernünftigen Reformen bereit“, stellte er klar, „aber wir werden nicht zulassen, dass bewährte Strukturen zerschlagen werden.“ So würden etwa alle relevanten Studien zeigen, dass kleine Gemeinden deutlich effizienter arbeiten als große. „Wir haben alles dafür zu tun, das bunte Mosaik der ländlichen Gemeinden zu erhalten“, so Mödlhammer, der in diesem Zusammenhang erneut einen Masterplan für die Infrastruktur des ländlichen Raumes forderte.

### Gemeinden sind die Sparmeister der Nation

Der Gemeindebund-Chef stellte klar, dass die Gemeinden die Sparmeister der Nation sind. Schließlich seien die Kommunen die einzige Gebietskörperschaft, die sich verpflichtet hat, keine neuen Schulden zu machen. Bedingung sei aber, dass ihnen nicht ständig neue Lasten aufgebürdet werden.

Wichtig sei es, klare Kompetenzen zu schaffen. So wäre etwa die Kinderbetreuung am besten in der Kompetenz der Gemeinden aufgehoben, „weil wir das besser können als der Bund und die Länder“. Den Forderungen nach einer Akademisierung der KindergartenpädagogInnen erteilte Mödlhammer eine klare Absage. „Das bringt nichts und kostet viel Geld.“ Wichtiger seien kleinere Gruppe und flexiblere Betreuungszeiten.

Im Vorfeld des Gemeindetags beschloss der Bundesvorstand des Gemeindebundes auch eine Resolution mit den Kernforderungen der österreichischen Gemeinden. „Zentrale Botschaft ist, dass wir die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in allen Gemeinden erhalten bzw. schaffen müssen,“ sagte Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer. „Wir dürfen nicht zulassen, dass die Abwanderung aus den ländlichen Räumen ungebremst fortschreitet. Es muss ein Kernanliegen aller politischen Ebenen sein, die Lebensbedingungen einigermaßen gleichwertig zu erhalten, egal ob jemand in der Stadt oder am Land wohnt.“



Karl Stangl, Herbert Nowohradsky, Otto Huslich und Manfred Marihart bei der Sitzung des Bundesvorstandes des Österreichischen Gemeindebundes



Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, Bundespräsident Heinz Fischer, Tirols Landeshauptmann Günther Platter, der Kitzbüheler Bürgermeister Klaus Winkler und GVV-Präsident Alfred Riedl vor der Festveranstaltung



Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, der scheidende Generalsekretär Robert Hink und GVV-Präsident Alfred Riedl mit den KOMMUNAL-Mitarbeiterinnen Natalia Wein und Julya Pollak

# Ländliche Räume **nicht benachteiligen**

*Die Kernforderungen der österreichischen Gemeinden*

## **Gerechter Finanzausgleich**

Die ländlichen Räume dürfen im Finanzausgleich nicht mehr benachteiligt werden. Derzeit ist bei der Zuteilung der Mittel durch den Finanzausgleich nicht jeder Bürger gleich viel wert. Die Regelung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels stammt aus der Nachkriegszeit, damit die weitaus stärker zerstörten Städte ihre Aufbauarbeit finanzieren konnten. Heute haben die ländlichen Gemeinden einen teils erheblich höheren Aufwand in der Finanzierung der Infrastruktur. Die Abgeltung der überregionalen Aufgaben, die Städte zu leisten haben, soll individuell geregelt werden.

## **Aufgabenreform anpacken**

Seit Jahren mahnt der Österreichische Gemeindebund eine Aufgabenreform ein. Ständig wird über eine Verwaltungsreform diskutiert, ohne darüber zu reden, welche Ebene für welche Aufgaben überhaupt zuständig sein soll. In der Kinderbetreuung reden derzeit vier verschiedene Ministerien und neun Bundesländer mit, in der Pflege ist es ähnlich. Sinnvoll ist: Klare Zuständigkeiten mit klarer Finanzierung. Die Gemeinden können die Kinderbetreuung zur Gänze alleine übernehmen, wenn sie jene Finanzmittel erhalten, die derzeit insgesamt für diesen Bereich ausgegeben werden.

## **Informationen**

Die Resolution des Österreichischen Gemeindebundes kann unter [www.gemeindebund.at](http://www.gemeindebund.at) 8.6.2011 – „Mödlhammer: Lebensqualität in ländlichen Räumen erhalten“ heruntergeladen werden



Fast 2500 Besucher kamen zum heurigen Gemeindetag nach Kitzbühel

## **Bürokratie abbauen**

Nicht nur jeder Bürger, sondern auch jeder Bürgermeister wird Jahr für Jahr mit einer Flut an neuen Gesetzen und Vorschriften überschüttet. Die einfachsten Dinge bedürfen wochenlanger Vorbereitungen und Genehmigungen. Die Gemeinden sind hier nur vollziehende Organe, keine einzige bürokratische Hürde wurde von ihnen selbst geschaffen. Allein zur Beachtung und Vollziehung aller Bauvorschriften bedürfte es eines Experten in jeder Gemeinde. Die Gemeinden und die Bevölkerung fühlen sich oft gelähmt von überbordender Bürokratie und deren Hindernissen.

## **Pflegefinanzierung dauerhaft sichern**

Die Finanzierung der Pflege bis ins Jahr 2014 war ein erster wichtiger Schritt. Nun sollten sofort Überlegungen und Verhandlungen darüber aufgenommen werden, wie man angesichts der bekannten demographischen Entwicklung die Pflege dauerhaft und nachhaltig sichern kann.

## **Belastungsstopp ernst nehmen**

Im Zuge der Vereinbarung zum Stabilitätspakt haben sich die Länder dazu

verpflichtet, die Gemeinden künftig mit einseitigen Belastungen zu verschonen. Diese Vereinbarung ist überaus ernst zu nehmen, die Gemeinden haben sich daher auch als einzige Gebietskörperschaft zu österreichweiten Nulldefiziten verpflichtet. „Keine neuen Schulden, nicht mehr ausgeben, als man einnimmt“ lautet das Credo der Kommunen. Die Gemeinden verlangen diese Art des Belastungsstopps daher auch vom Bund. Es kann keine neuen (Sozial)leistungen geben, solange nicht klar ist, wer sie finanzieren wird.

## **Autonomie der Gemeinden stärken**

Die Entscheidungen sind wieder verstärkt auf jene Ebene zu bringen, auf der sie von den Menschen auch verstanden werden. Die Gemeinden sind die mit Abstand bürgernächsten Einheiten, sie genießen das höchste Vertrauen bei den Menschen. Überregulierung und ausufernde Gesetzes- und Bürokratieflut führen dazu, dass sich die Menschen von der Politik entfremden. Gemeindepolitik ist die direkteste Form von Bürgerbeteiligung. Entscheidungen sind vor Ort zu treffen, am besten direkt in den Gemeinden im Rahmen der Gemeindeautonomie.

# Landesbudget 2012: **Keine Belastungen** für Bürger

*Rund 50 Prozent des 7,7 Milliarden Euro-Budgets für Soziales und Gesundheit*

Der Budgetvoranschlag 2012 ist sozial, gerecht und ausgewogen. Außerdem gehen wir damit den Weg der Konsolidierung des Landeshaushalts ohne Belastungen für die NÖ Landesbürgerinnen und -bürger“, erklärt VP-Klubobmann LAbg. Mag. Klaus Schneeberger anlässlich der Budgetdebatte im niederösterreichischen Landtag. „Während in anderen Ländern tausende Bürgerinnen und Bürger auf der Straße gegen das Landesbudget protestierten, ist es daher kein Zufall, dass es bei uns keine Demos vor dem Landtag und keine Pfiffe gegen das Budget gibt“, stellte der VP-Klubobmann anlässlich der Budgetdebatte am 15. und 16. Juni im NÖ Landtag fest. Nach fast 23stündiger Debatte wurde der Landeshaushalt für das Jahr 2012 mit den Stimmen der ÖVP beschlossen.

„Mein besonderer Dank gilt dem zuständigen Finanzreferenten Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Wolfgang Sobotka und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sie haben ein Budget

erstellt, das die Zukunftsinteressen unserer Kinder genauso in den Augen hat, wie die aktuellen Herausforderungen der Menschen“, so VP-Klubobmann Schneeberger. „Fast 50 Prozent – immerhin 3,76 Milliarden Euro – des Landesbudgets 2012 sind für Soziales und Gesundheit reserviert. Damit wird unser Weg zur Sozialen Modellregion fortgeschritten. Auch die Zukunftsthemen Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie Ökologie finden sich in den Schwerpunkten des Haushalts 2012 wieder. Damit werden wir den Standort Niederösterreich weiter stärken und unseren Wirtschaftsmotor auf Hochtouren halten“, informierte der VP-Klubobmann.

„Das wird uns durch die vorausschauende und solide blau-gelbe Budgetpolitik ermöglicht. Eine Budgetpolitik, welche die Fortsetzung des erfolgreichen Weges garantiert und die uns ermöglicht, dass wir keine Sparpakete wie andere Bundesländer schnüren müssen. Damit bleiben unseren Bürgerinnen und Bürger zusätzliche finanzielle Be-

lastungen erspart – das unterscheidet unsere Budgetpolitik von der Finanzpolitik anderer Länder“, so Schneeberger. Die Oppositionsparteien, die das Budget kritisieren, erinnerte Schneeberger daran, dass das Vermögen Niederösterreichs weit über den Schulden des Landes liegt: „So hat jede Niederösterreicherin und jeder Niederösterreicher rund 2300 Euro Guthaben.“

„Wir von der Volkspartei Niederösterreich enttäuschen die Wählerinnen und Wähler nicht und Glaubwürdigkeit ist die Prämisse unseres Handelns. So auch in der Budgetpolitik. Die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher können sich daher darauf verlassen, dass wir den erfolgreichen blau-gelben Weg fortsetzen. Das Budget 2012 ist ein Garant dafür“, hält VP-Klubobmann Schneeberger fest.



Klubobmann Klaus Schneeberger zur Kritik am Landesbudget:  
„Jeder Niederösterreicher hat ein Guthaben von 2300 Euro!“

## Wechsel im Klubbüro

An der Spitze des Klubbüros kam es per 1. Juli zu einem Wechsel: Leopold Steinmayer wurde zum neuen Direktor des ÖVP Landtagsklubs bestellt. Er folgt Dr.



**Leopold Steinmayer ist neuer Direktor des ÖVP Landtagsklubs**

Walter Leiss nach, der seit 1. Juli der neue Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebunds ist. Neben Mag. Philipp Gruber wird künftig Mag. Gerald Poyssl, der zuletzt an der BH Korneuburg tätig war, als Klubsekretär tätig sein.

Die Wirtschaft hat sich wieder stabilisiert



Foto: Dieter Schütz/pixelio.de

# Ertragsanteile steigen an

## Die finanzielle Lage der Gemeinden

Nach dem Rezessionsjahr 2009, in dem die österreichische Wirtschaft um real 3,4 Prozent schrumpfte (EU-Durchschnitt -3,9 Prozent), hat sich die Wirtschaft im Jahr 2010 mit einem realen Wirtschaftswachstum von 2 Prozent wieder stabilisiert. Die mittelfristigen Prognosen von WIFO und IHS sehen auch für 2011 bis 2014 ein durchschnittliches jährliches reales Wachstum von 2 Prozent und darüber. Trotz dieses gegenüber 2009 besseren Abgabenergebnisses gab es auch bei den kassenmäßigen Ertragsanteilen der Gemeinden im Jahr 2010 einen leichten Rückgang gegenüber 2009 von 37 Mio. Euro, was etwa 0,49 Prozent entspricht. Dies ist auf die erstmals äußerst negativ ausgefallene Zwischenabrechnung (Jahresabrechnung 2009) zurückzu-

führen, die mit den Ertragsanteilvorschüssen im März 2010 gegenverrechnet wurde und rund -114 Mio. Euro für Österreichs Gemeinden betrug. 2011 werden die Ertragsanteile gegenüber dem Krisenjahr 2010 deutlich ansteigen und könnten wieder das Niveau des Vorkrisenjahres 2008 erreichen, was auch zusätzlich durch das deutlich bessere Zwischenabrechnungsergebnis des Jahres 2010 (ein Plus von rund 46,5 Mio. Euro konnte mit den EA-Vorschüssen des Monats März verrechnet werden) unterstützt wird.

So gesehen ist die Einnahmenseite wieder einigermaßen konsolidiert, wenn auch auf sehr niedrigem 2008er Niveau. In den aktuellen Prognosezahlen des Jahres 2011 sind die Zusatzeinnahmen aus dem Budgetbegleitgesetz (149,1

Mio. Euro im Jahr 2011, 201 Mio. 2012, 210 Mio. 2013 und 230 Mio. 2014) bereits einbezogen.

### Die aktuellen Ertragsanteilvorschüsse 2011

Das für 2011 gegenüber 2010 prognostizierte deutliche Wachstum der Gemeinde-EA spiegelt sich auch in den EA-Vorschüssen der Monate Jänner bis März 2011 wieder. Dieser Anstieg setzt sich aus dem Konjunkturaufschwung und den Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes (insbesondere der Anhebung des einheitlichen Schlüssels für gemeinschaftliche Bundesabgaben von 11,711 auf 11,885 mit 1.1.2011) zusammen.

Zu diesen Zahlen ist anzumerken, dass das enorme Wachstum der EA-Vorschüsse gegenüber dem Vorjahr

etwas über dem Jahrestrend 2011 liegt, das Jahresergebnis also nicht direkt vom nunmehr vorhandenen ersten Halbjahr 2011 abgeleitet werden kann.

### Gemeindeeigene Abgaben – Kommunalsteuer und Grundsteuer

Erhöhten sich die Lohn- und Gehaltssummen (LGS) im Jahr 2008 noch um etwa 5,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr, waren es 2009 nur noch 2,7 Prozent und 2010 nur noch etwa 2,2 Prozent. Aktuell steigen die Einnahmen aus der Lohnsteuer wieder deutlich an (im Mai 2011 waren es gegenüber dem Vorjahr annähernd 10 Prozent), wodurch auch im Bereich der Kommunalsteuer 2011 wieder mit deutlichen Einnahmewachst zu rechnen ist.

Das Jahr 2009 brachte einen leichten Rückgang beim Abgabenerfolg der Kommunalsteuer gegenüber 2008. Aufgrund der genannten Entwicklung der LGS ist im Jahr 2010 konjunkturbedingt mit einem leichten Rückgang beim Kommunalsteuerergebnis 2010 zu rechnen. Durch die nunmehr positive Entwicklung des Arbeitsmarktes und somit der Lohn- und Gehaltssummen wird jedoch ab 2011 wieder mit einem moderat steigenden Abgabenerfolg bei der aufkommenstärksten gemeindeeigenen Abgabe gerechnet. 2009 betrug das bundesweite Aufkommen von Grundsteuer A und B (die jährlichen Zuwächse resultieren konjunkturunabhängig aus Neu-, Um- und Zubauten) knapp 595 Mio. Euro. Durch die Probleme rund um die seit Jahren überfällige Hauptfeststellung der Einheitswerte sowie die zögerliche Bearbeitung der Akten durch die Finanzverwaltung entwickelt sich das Grundsteueraufkommen weit unter seinen Möglichkeiten. Zwischen 2000 und 2009 ist das Aufkommen um jährlich durchschnittlich 2,4 Prozent angestiegen, im Vergleich dazu steigt der Baukostenindex um jährlich 4-5 Prozent. Aufgrund der Nicht-Aufhebung der Einheitswerte in einem mit Spannung beobachteten Gesetzesprüfungsverfahren des VfGH im Herbst 2010 dürfte eine Hauptfeststellung bzw. grundsätzliche Reform der Grundsteuer in weite Ferne gerückt sein.

### Kassenmäßige Ertragsanteile

(in Mio. Euro)	Erfolg			Prognose	
	2009	2010	%	2011	%
Burgenland	193,5	191,9	-0,85	213	11,00
Kärnten	476,9	475,2	-0,34	516	8,59
Niederösterreich	1.236,2	1.218,3	-1,45	1.348	10,65
Oberösterreich	1.182,2	1.169,6	-1,06	1.289	10,21
Salzburg	517,7	515,8	-0,35	568	10,12
Steiermark	952,8	944,0	-0,92	1.044	10,59
Tirol	645,6	642,7	-0,44	707	10,00
Vorarlberg	345,3	341,1	-1,20	381	11,70
Wien	1.915,1	1.929,8	0,76	2.103	8,98
<b>Gesamt</b>	<b>7.465,2</b>	<b>7.428,5</b>	<b>-0,49</b>	<b>8.169</b>	<b>8,17</b>

### Entwicklung ausgewählter gemeinschaftlicher Bundesabgaben

Abgabenart (in Mio. Euro)	Erfolg 2007	Erfolg 2008	Erfolg 2009	Erfolg 2010
Einkommensteuer	2.629	2.742	2.605	2.668
Lohnsteuer	19.664	21.308	19.897	20.378
KEST I	1.294	1.573	1.144	1.251
KEST II	1.879	2.176	1.871	1.306
Körperschaftsteuer	5.742	5.999	3.834	4.633
Umsatzsteuer	20.832	21.853	21.628	22.467
Mineralölsteuer	3.689	3.894	3.800	3.854
Werbeabgabe	109	114	105	110
Grunderwerbsteuer	644	652	623	727

### Die aktuellen Ertragsanteilvorschüsse 2011

in Mio. Euro	Vorschüsse Juni		Veränd. in %	Vorschüsse Jän. bis Juni		Veränd. in %
	2010	2011		2010	2011	
Burgenland	11,7	12,9	10,6%	90,8	100,0	10,2%
Kärnten	27,8	31,0	11,4%	223,9	240,9	7,6%
Niederösterreich	72,3	81,4	12,5%	575,6	633,1	10,0%
Oberösterreich	68,8	78,4	14,0%	553,8	604,3	9,1%
Salzburg	30,6	34,7	13,5%	243,9	266,5	9,3%
Steiermark	56,7	63,7	12,4%	447,2	490,1	9,6%
Tirol	38,8	43,8	12,9%	305,2	332,3	8,9%
Vorarlberg	21,2	23,3	10,3%	161,4	177,7	10,1%
Wien	114,9	125,3	9,0%	911,4	980,0	7,5%
<b>Gesamt</b>	<b>442,8</b>	<b>494,6</b>	<b>11,7%</b>	<b>3.513,1</b>	<b>3.825,0</b>	<b>8,9%</b>

### Zentrale gemeindeeigene Abgaben

(in Mio. Euro)	Grundsteuer A		Grundsteuer B		Kommunalsteuer	
	2008	2009	2008	2009	2008	2009
Burgenland	2,08	2,10	14,90	15,74	46,65	47,72
Kärnten	1,75	1,69	40,78	42,31	129,48	127,86
Niederösterreich	10,43	10,45	98,71	101,14	368,73	366,06
Oberösterreich	5,64	5,70	95,02	98,45	417,98	415,83
Salzburg	1,13	1,15	43,04	44,57	163,23	163,55
Steiermark	4,00	3,99	76,52	79,48	297,11	290,37
Tirol	0,98	0,98	55,60	57,31	192,14	191,06
Vorarlberg	0,33	0,33	24,74	25,30	108,66	108,64
Wien	4,12	4,15	98,89	99,53	633,12	628,90
<b>Gesamt</b>	<b>30,46</b>	<b>30,53</b>	<b>548,21</b>	<b>563,84</b>	<b>2.357,09</b>	<b>2.339,98</b>

# E-Mail-Verkehr beweist: Leitner **lügt und leugnet**

*Karner: SPNÖ-Parteispitze arbeitet mit Lügen und Diffamierungen*

**E**in ausführlich zugespielter E-Mail-Verkehr zwischen der SP-NÖ, der Agentur Alexanderplatz und einer Plakat-Agentur beweist schwarz auf weiß: SP-Parteichef Leitner lügt und leugnet“, betont Landesgeschäftsführer LAbg. Mag. Gerhard Karner im Zusammenhang mit einer Plakaten- und Inseraten-Kampagne in Form von Schultafeln und stellt klar: „Diesen Stil der SPNÖ-Parteispitze lehnen auch immer mehr SP-Funktionäre zutiefst ab. Denn das ist landesfeindlich, das ist Gift für das Land!“ Bezeichnend sei in diesem Zusammenhang auch, dass die SP-NÖ eine Linzer Agentur brauche, um Lügengeschichten zu machen. „Eine NÖ Agentur würde sich für so etwas gar nicht hergeben. Das allein spricht Bände“, so Karner.

## **SPNÖ-Parteispitze streitet alles ab**

„Bis zum heutigen Tage haben sowohl der Herr Leitner als auch seine Handlanger abgestritten, für die aktuelle Lügen-Kampagne einer angeblichen ‚NÖ Initiative für mehr Transparenz und Demokratie‘ verantwortlich zu sein. Mit dem E-Mail-Verkehr wird aber klar bewiesen, dass hier neuerlich gelogen wurde“, verweist Karner auf Auftragsbestätigungen, Ansichts-PDFs und entlarvende E-Mails zwischen allen beteiligten Organisationen.

## **SP-Leitner belügt eigene Parteifreunde**

„Mit seinem Stil hat der Herr Leitner aber nicht nur Medien und Journalisten belogen, sondern auch die eigenen Abgeordneten und Funktionäre, sowie alle Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher. Was soll man von einem



VP-Landesgeschäftsführer Gerhard Karner: „Was soll man von einem Landeshauptmann-Stellvertreter halten, der eiskalt beim Lügen erwischt wird und sogar seine eigenen Parteifreunde hinters Licht führt?“

Landeshauptmann-Stellvertreter halten, der eiskalt beim Lügen erwischt wird und sogar seine eigenen Parteifreunde hinters Licht führt? Wie geht der erst mit den Niederösterreichischen Landesleuten um?“, so der Landesgeschäftsführer.

## **Streitereien und katastrophale Umfragewerte**

Auf die Frage, warum die SPNÖ-Parteispitze immer wieder zu Lügen und Diffamierungen greift, hat Landesgeschäftsführer Karner mögliche Antworten parat: „Zum einen gibt es wilde innerparteiliche Streitereien, wie die zahlreichen Parteiausschlüsse und Krisensitzungen im SPÖ-Klub beweisen. Zum anderen gibt es offensichtliche

Panikattacken aufgrund katastrophaler Umfragewerte. So liegt die SPÖ in Wiener Neustadt laut einer SPÖ-Umfrage nur noch bei 35 Prozent. Tatsache ist, dass sich immer mehr Menschen von der Partei mit Grausen

*„Diesen Stil der SPNÖ-Parteispitze lehnen auch immer mehr SP-Funktionäre zutiefst ab.“*

*Gerhard Karner*

abwenden und dass sich auch immer mehr SPÖ-Funktionäre für den erbärmlichen Stil des Herrn Leitner entschuldigen, wie ein Mail des Nappersdorfer SPÖ-Bürgermeisters an den Landeshauptmann beweist.“

# Ökologisch Gärtnern im öffentlichen Grünraum

... mit der „Natur im Garten Akademie“

Öffentliche Grünräume sind wertvolle Naherholungsräume und tragen wesentlich zur Lebensqualität der BürgerInnen bei. Werden die ökologischen Bedingungen eines Standortes beachtet und die passenden Pflanzen gesetzt, ist auch im öffentlichen Grün eine ökologische Pflege nach den Kriterien der Aktion „Natur im Garten“ möglich: ohne leicht lösliche Mineraldünger, ohne Pestizide und ohne Torf. „Grünflächen in den Gemeinden tragen zum Wohlbefinden bei und gestalten einen Ort. Ökologische Pflege sorgt dafür, dass die Grünraumgestaltung auch im Sinne der Umwelt machbar ist – wie, das zeigt Ihnen die „Natur im Garten Akademie“, so Landeshauptmann-Stellvertreter Wolfgang Sobotka, Initiator von „Natur im Garten“.

## Ökologie liegt im Trend

Generell liegt die umweltfreundliche Bewirtschaftung im Trend – die letzte Umfrage von „Natur im Garten“ hat

ergeben, dass sich 85 Prozent der Einwohner eine ökologische Pflege des öffentlichen Grünraums wünschen. Diese ökologische Grundeinstellung spiegelt sich auch in der großen Zahl naturnah gestalteter Privatgärten wider. Mit dem Grünraum-Lehrgang haben Sie die Möglichkeit, diesen Trend auch in Ihrer Gemeinde umzusetzen.

## Zertifizierter Ausbildungslehrgang zum/zur GrünraumpflegerIn

Nachhaltige, ökologische Grünraumgestaltung und -pflege können alle interessierten GrünraumpflegerInnen der niederösterreichischen Gemeinden über die „Natur im Garten Akademie“ erlernen.

Der Ausbildungslehrgang greift alle den Grünraum betreffenden relevanten Themen auf. Als stark praxisbetonter Lehrgang vermittelt er die Grundlagen naturnahen gärtnerischen Arbeitens und praktisches Wissen für die tägliche Anwendung in der Grünraumpflege

und -gestaltung. Der nächste Lehrgang startet im September 2011. Melden Sie sich am NÖ Gartentelefon an!

## Vielseitig & Wissenswert

Mit den vielfältigen Aktionen und Angeboten zeigt „Natur im Garten“, dass ökologische Grünraumgestaltung und -pflege möglich ist und funktioniert. Der Grünraum-Newsletter bietet regelmäßig aktuelle Fachinformationen rund um dieses Thema. Dieser kann über [www.naturimgarten.at/Gruenraum\\_Newsletter](http://www.naturimgarten.at/Gruenraum_Newsletter) abonniert werden. Mit dem NÖ Grünraumtag wurde eine regelmäßig stattfindende Fachveranstaltung für die Bereiche Management und Pflege von Grünräumen geschaffen, die Informationen zu aktuellen Themen der Grünraumbewirtschaftung aufgreift.

Mehr zur ökologischen Grünraumpflege und Anmeldungen zum Grünraum-Lehrgang am NÖ Gartentelefon und unter [www.naturimgarten.at/Gruenraum](http://www.naturimgarten.at/Gruenraum).



Foto: Natur im Garten/Vera Wegscheider

## „Spiel, Spaß & Kräuterzauber“ auf der GARTEN TULLN

15. August, 9.00 bis 18.00 Uhr  
„Natur im Garten“ veranstaltet im Rahmen des Gartensommers Niederösterreich ein buntes Naturgartenfest rund um das Thema Kräuter auf der GARTEN TULLN.

## Informationen

NÖ Gartentelefon 02742/74 333  
[www.naturimgarten.at](http://www.naturimgarten.at)  
[www.diegartentulln.at](http://www.diegartentulln.at)



☐ Mit der „Natur im Garten Akademie“ kann man alles über nachhaltige, ökologische Grünraumgestaltung und -pflege lernen

# Marktüberwachung für Bauprodukte

*Neuerliche Änderung der NÖ Bauordnung 1996*

von Dr. Walter Leiss

In der letzten Sitzung des NÖ Landtages vor der Sommerpause am 7. Juli 2011 wurde eine neuerliche Änderung der NÖ Bauordnung beschlossen. Wesentlicher Inhalt ist die Umsetzung einer EU-Verordnung über die Vorschriften für die Akkreditierung und Marktüberwachung im Zusammenhang mit der Vermarktung von Produkten. Die Verordnung sieht die Einführung einer systematischen aktiven und reaktiven Marktüberwachung für alle unter die CE-Kennzeichnungspflicht fallenden Produkte im Interesse der Wahrung der Produktsicherheit im europäischen Wirtschaftsraum vor. Auch Bauprodukte fallen grundsätzlich unter die CE-Kennzeichnungspflicht. Die CE-Kennzeichnung stellt die Produktsicherheit von Bauprodukten sicher.

Eine zwischen den Ländern abgeschlossene Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über die Marktüberwachung von Bauprodukten, die mit dieser Novelle der Bauordnung ins Landesrecht umgesetzt wird, soll eine österreichweit einheitliche gesetzliche Rahmenbedingung für die Marktüberwachung von Bauprodukten gewährleisten.

Festgelegt wird, dass das österreichische Institut für Bautechnik (OIB) als gemeinsame Einrichtung der Länder mit den Aufgaben einer Marktüberwachungsbehörde betraut wird. Als Berufungsbehörde ist für Bescheide des OIB der Unabhängige Verwaltungssenat – mit Ausnahme im Vollstreckungsverfahren – vorgesehen. Für die Gemeinden ergeben sich daher diesbezüglich keine neuen Aufgaben.

Neben den eher technischen Bestimmungen betreffend die Marktüberwachung wurden allerdings auch einige



Die Errichtung eines Carports ist bloß anzeigepflichtig, wenn die nachweisliche Zustimmung der Nachbarn vorliegt.

Änderungen vorgenommen, die die Gemeinden unmittelbar wahrzunehmen haben.

## Carports

Bereits mit der letzten Novelle wurde vorgesehen, dass die Errichtung eines Carports bloß anzeigepflichtig ist, wenn die nachweisliche Zustimmung der Nachbarn vorliegt. Nunmehr wurde die Bestimmung dahingehend präzisiert, dass sie einerseits generell auf alle baulichen Anlagen, die höchstens an einer Seite abgeschlossen und überdacht sind (z. B. Flugdächer oder Lauben) erweitert und klargestellt, dass die Zustimmung lediglich jener Nachbarn, die von dieser baulichen Anlage in ihren subjektiven öffentlichen Nachbarrechten berührt werden, vorgelegt werden kann. Dies bedeutet, dass nur die Zustimmung des jeweils angrenzenden Nachbarn vorgelegt werden muss, um eine Anzeigepflicht zu bewirken. Ansonsten ist das Vorhaben bewilligungspflichtig.

Klarestellt wurde auch, dass die Errichtung eines Carports unabhängig davon, ob eine Anzeigepflicht oder Bewilli-

gungspflicht vorliegt, jedenfalls eine Grundabtretung auslösen kann. Aus diesem Grund ist auch die Zustimmung des Grundeigentümers zur Errichtung dieser baulichen Anlage vorzulegen.

## Gerätehütten

Ebenfalls mit der letzten Novelle wurde klargestellt, dass die Aufstellung einer Gerätehütte und eines Gewächshauses mit je einer Grundrissfläche von bis zu zehn Quadratmetern und einer Gebäudehöhe bis zu drei Metern anzeigen- und bewilligungsfrei ist.

Eingeschränkt wird dies dadurch, dass die Regelung nicht im Bauland-Sondergebiet, in Schutzzonen und im vorderen Bauwuch gilt. Bei Ein- und Zweifamilienhäusern, Kleinwohnhäusern und Reihenhäusern wurde auch festgelegt, dass eine derartige Gerätehütte oder Gewächshaus pro Wohnung auf einem Grundstück im Bauland errichtet werden darf. Dies bedeutet beispielsweise, dass bei einer Reihenhaussiedlung, die nicht parifiziert, sondern als ein Grundstück angelegt wurde, in jedem Garten eines Reihenhauses eine Gerätehütte errichtet werden darf.

## Befugnis Bauführer

Einerseits wird klargelegt, dass auch die Aufstellung von Windrädern, die keiner elektrizitätsrechtlichen Genehmigungspflicht unterliegen, durch einen Bauführer überwacht werden muss, um die einwandfreie Errichtung zu gewährleisten. Desweiteren wird klargelegt, dass nur derjenige als Bauführer tätig sein darf, der dazu gewerberechtlich oder als Ziviltechniker befugt ist. Dies kann sich auf das gesamte Bauvorhaben oder auch nur auf Teile des Bauvorhabens beziehen, wenn der Bauführer nur eine teilweise Befugnis besitzt.

## Beseitigungsauftrag

Die Änderung bedeutet, dass bei einer Baueinstellung wegen fehlender Baubewilligung oder fehlender Anzeige eine Beurteilung ergibt, dass auch eine nachträgliche Baubewilligung nicht erteilt werden kann oder eine nachträgliche Anzeige zu untersagen wäre, sofort mit einem baupolizeilichen Beseitigungsauftrag vorgegangen werden kann.

## Baugebrechen

Generell wird nun festgelegt, dass der Eigentümer eines Bauwerkes dafür Vorsorge zu treffen hat, dass dieses in einem der Bewilligung oder Anzeige entsprechenden Zustand erhalten wird. Sämtliche Baugebrechen und nicht mehr eingeschränkt auf die Standsicherheit, die Gestaltung, den Brandschutz und die Sicherheit von Personen und Sachen betreffend können nunmehr zum Anlass genommen werden, eine Behebung des Baugebrechens zu verfügen.

## Bauwerke nach Eisenbahnrecht

Bauwerke, die ursprünglich nach eisenbahnrechtlichen Vorschriften bewilligt wurden und von der Bauordnung ausgenommen waren, bedürfen nach Wegfall des ursprünglichen Verwendungszwecks einer entsprechenden Regelung. Durch eine Bestimmung soll nunmehr sichergestellt werden, dass nach eisenbahnrechtlichen Vorschriften genehmigte Bauwerke, deren ursprünglicher

Verwendungszweck weggefallen ist, wie etwa Bahnhofsgebäude oder Nebenanlagen, als nach den baurechtlichen Bestimmungen als genehmigt gelten. Das heißt, dass der Bestand als genehmigt gilt und keiner baurechtlichen Bewilligung bedarf. Nur wenn entsprechende Änderungen durchgeführt werden, sind sie nach den geltenden Bestimmungen der Bauordnung zu überprüfen. Die Änderungen wurden vom NÖ Landtag am 7. Juli 2011 beschlossen und werden mit September 2011 in Kraft treten.



**wHR Dr. Walter Leiss**  
ist Generalsekretär des  
Österreichischen Gemeindebundes

# Los geht's – gehen Sie mit!

„Jeder Schritt zählt – und tut gut“

Die Initiative „Gesundes Niederösterreich: Tut gut!“ bietet Informationen und Unterstützung für Gemeinden, Schulen und Organisationen an, um die niederösterreichische Bevölkerung zu mehr Alltagsbewegung zu animieren. Denn Herr und Frau Österreicher bewegen sich nicht ausreichend – im Durchschnitt gehen wir täglich nur an die 3.000 Schritte (je nach Berufsgruppe). Um die für den eigenen Körper notwendige Bewegung abzudecken, sind mindestens drei Mal so viele Schritte notwendig! „Gesundes Niederösterreich: Tut gut!“ unterstützt Sie mit Hilfe von „Hinweisschilder“ in Form von Aufklebern und Plakaten. Aufkleber, welche beispielsweise auf den Gebrauch der Treppe statt dem Fahrstuhl hinweisen. Mit Infoplakaten zu mehr



Landeshauptmann-Stellvertreter Wolfgang Sobotka: „Ziel ist es, für das Thema zu begeistern und schließlich dabei zu unterstützen, eigene Ideen in der Gemeinde, Schule oder Organisation zu generieren und nachhaltig umzusetzen.“

Alltagsbewegung und auffälligen Bodenmarkierungen wie Footprints oder Erdsteckern mit einem hohen Aufforderungscharakter werden zusätzlich erhältlich sein.

Informationen  
und Bestellung

[www.gesundesnoe.at](http://www.gesundesnoe.at)



# Generalsekretär mit Niederösterreich-Bezug

*Gemeindebund Generalsekretär Robert Hink seit 1. Juli in Pension*

von Prof. Dr. Franz Oswald

Er war 23 Jahre Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes, dies unter den beiden Präsidenten Franz Romeder und Helmut Mödlhammer, hat die Geschäftsstelle des Gemeindebundes technisch und operativ wesentlich ausgebaut und ist seit 1. Juli dieses Jahres im Ruhestand: Dr. Robert Hink, vortragender Hofrat und damit im höchsten Beamtenrang. Er war nach Albert Hammer und Otto Maier erst der dritte Generalsekretär in der Zweiten Republik, womit die – zweifellos notwendige und sinnvolle – personelle Kontinuität deutlich zum Ausdruck kommt.

## Niederösterreich-Wurzeln

„Ich bin mit Leib und Seele Niederösterreicher“, verweist Robert Hink auf seine familiären und beruflichen Wurzeln, ist doch seine Familie bis ins 14. Jahrhundert in Niederösterreich nachweisbar. Am 23. Oktober 1948 in Kaltenleutgeben geboren, Matura in Mödling, Jusstudium in Wien, heiratete er 1972 seine Herta, mit der er zwei Kinder hat. 1973 trat Hink in den NÖ Landesdienst ein, war an mehreren Bezirkshauptmannschaften tätig, stell-



**Robert Hink:** „Es ist gelungen, aus einem Ein-Mann-Betrieb eine schlagkräftige Interessensvertretung auf nationaler und internationaler Ebene zu machen.“

vertretender Leiter der Naturschutzabteilung und Vortragender an der NÖ Kommunalakademie. Dazwischen arbeitete er bereits im NÖ Gemeindevertreterverband bei Landesgeschäftsführer Dr. Häußl mit. Politisch war er von 1987 bis 1992 Bezirksvorsteher-Stellvertreter in Wien-Meidling.

## Mentor Ferdinand Reiter

„Mein politischer Mentor war der damalige NÖ Landtags- sowie GVV-Präsident Ferdinand Reiter, der mich 1981 in den Verband geholt hat“, blickt Hink dankbar an seine Anfänge in der kommunalen Interessensvertretung zurück. Seine juristische Schule erfuhr der scheidende Generalsekretär in der Gemeindeabteilung der Landesregierung. Seine Bestellung zum Generalsekretär unter Präsident Romeder erlebte Hink in einem personell und technisch noch höchst bescheidenem Umfeld. „Es ist gelungen, aus einem Ein-Mann-Betrieb eine schlagkräftige Interessensvertretung auf nationaler und inter-

nationaler Ebene zu machen“, zieht Hink eine positive Bilanz seiner Ära. Für die kleinen und mittleren Gemeinden konnten viele finanzielle Verbesserungen erreicht werden, bei den EU-Beitrittsverhandlungen vertrat Hink die Gemeindeinteressen, in Brüssel wurde ein Büro des Gemeindebundes errichtet.

## Erfolgsbilanz

„Grundsätzlich ging es in meiner Arbeit darum, die Entscheidungsgrundlagen für die Präsidenten aufzubereiten“, unterstreicht der Gemeindebund-„General“ seine volle Loyalität zur Gemeindebundspitze und nennt als besondere Erfolge unter anderem den Konsultationsmechanismus, den Stabilitätspakt und das Entsorgungssystem ARA. Die Pressearbeit wurde wesentlich ausgebaut und die Zeitschrift KOMMUNAL als Organ des Gemeindebundes gegründet. Die Kooperation mit dem Manz-Verlag hat den Gemeinden wissenschaftliche Publikationen beschert.

## NÖ-Basis

„Ohne meine niederösterreichische Basis wäre Vieles nicht möglich gewesen“, streut Robert Hink dem Land und vor allem dem GVV Rosen und bedankt sich besonders bei Präsident Alfred Riedl, Vizepräsident Karl Moser und Landesgeschäftsführer Christian Schneider. Die Kooptierung in den GVV-Vorstand zählt Hink zu seinen schönsten Stunden. Und er hält sich insbesondere zugute, dass es im Österreichischen Gemeindebund trotz der großen regionalen Unterschiede zu seiner Zeit nur einstimmige Beschlüsse gab. Ein für Kenner der föderalistischen Struktur Österreichs zweifellos bemerkenswertes Faktum.

**Hofrat Prof. Dr. Franz Oswald,**  
Chefredakteur der  
NÖ Landesregierung i.R.,  
jetzt freier Journalist





Landeshauptmann-Stv. Wolfgang Sobotka, der Vorstandsvorsitzende der HYPO NOE Gruppe, Peter Harold, und Kommunalverlag-Chef Michael Zimper übergaben die Schilder an die Siebergemeinden

# Mehr Sicherheit für Kinder im Straßenverkehr

*Verlosung von 30 „Achtung Kinder“-Schildern an NÖ Gemeinden*

Im Jahr 2010 verunglückte alle acht Stunden ein Kind im Straßenverkehr. Aus diesem Grund haben das Land Niederösterreich, die HYPO NOE Gruppe und der Österreichische Kommunalverlag eine Initiative gestartet, um die Sicherheit der jüngsten Verkehrsteilnehmer zu erhöhen.

Um Autofahrer zum Senken der Geschwindigkeit zu bewegen, wurden 30 „Vorsicht Kinder“-Schilder an niederösterreichische Gemeinden verlost. „Studien haben gezeigt, dass solche Tafeln oft mehr bewirken, als Geschwindigkeitsbeschränkungen“, sagte der Geschäftsführer des Kommunalverlages, Michael Zimper.

„Man muss alles tun, um die Aufmerksamkeit der Lenker zu erhöhen“, stellte Landeshauptmann-Stellvertreter Wolf-

gang Sobotka bei der Preisübergabe klar. „Daher unterstütze ich diese Aktion aus vollstem Herzen.“

## Banken sorgen für Sicherheit

Der Vorstandsvorsitzende der HYPO NOE Gruppe, Peter Harold, erläuterte, warum die Bank die Aktion gestartet hat: „Banken sorgen für die Sicherheit, und zwar nicht nur für die Sicherheit des Geldes, sondern auch für die Sicherheit unserer Zukunft, also der Kinder.“

## Die Siebergemeinden

Die „Vorsicht Kinder“-Schilder sind als Mädchen, „Alexandra“, und als Bub, „Fabian“ erhältlich. Ab sofort werden sie nun auch in folgenden Gemeinden für mehr Aufmerksamkeit im Straßenverkehr sorgen: Niederhollabrunn, Seefeld-

Kadolz, Ulrichskirchen, Traunfeld, Altlichtenwarth, Unterstinkenbrunn, Bad Pirawarth, Hohenrappersdorf, Gösting, Jedenspeigen, Göttlesbrunn, Rohrau, Furth/Triesting, Markt Piesting-Dreistetten, Hochwolkersdorf, Hollenthon, Neulengbach, Michelbach, Wöllbling, Rohrbach, Stetteldorf am Wagram, Schönberg am Kamp, Horn, Weiskirchen/Wachau, Emmersdorf, Martinsberg, Maissau, Waidhofen/Thaya, Waldkirchen an der Thaya und Hirschbach.

## Information

Die „Achtung Kinder“-Schilder sind auch auf [www.kommunalbedarf.at](http://www.kommunalbedarf.at) erhältlich.

# Der neue Steuermann im Gemeindebund

*Walter Leiss ist seit Anfang Juli Generalsekretär des Gemeindebundes*

von Mag. Helmut Reindl

**W**ir wissen, dass die Gemeinde jene Gebietskörperschaft ist, in der sich die Bevölkerung am besten aufgehoben fühlt“, zitiert Walter Leiss entsprechende Umfragen. „Wenn Menschen Schwierigkeiten haben, wenden sie sich oft an die Gemeinde, vor allem an ihren Bürgermeister. Wenn man also die Gemeinden stärkt, dann hilft man den Leuten bei der Lösung ihrer unmittelbaren Probleme.“ Mit diesen Worten umreißt der neue Generalsekretär die Aufgaben des Österreichischen Gemeindebundes.

Geboren wurde der neue Generalsekretär am 12. Dezember 1957 im niederösterreichischen Mistelbach. Schon bald zog die Familie aber nach Orth an der Donau, wo Leiss seine Kindheit verbrachte. Der Vater war Arzt, aber weder Walter Leiss noch sein älterer Bruder Helmut fühlten sich berufen in seine Fußstapfen zu treten. Beide studierten Jus und traten in den niederösterreichischen Landesdienst ein, wo Helmut Leiss zuletzt als Bezirkshauptmann in Baden tätig war.

## Zehn Jahre im Gemeindereferat

Nach dem Gerichtsjahr begann der Jüngere seine Karriere in einer Bezirksverwaltungsbehörde in St. Pölten, wechselte aber schon bald in den damaligen Sitz der niederösterreichischen Landesregierung in der Wiener Herrngasse. Dort arbeitet er gut zehn Jahre im Gemeindereferat, wo er alle Facetten der Kommunalpolitik intensiv kennen lernte.

1993 wechselte er in den Landtagsklub der ÖVP. Dort war er zunächst Klubse-



Walter Leiss: „„Eine gute Zusammenarbeit mit den Landesorganisationen stärkt den Gemeindebund in seiner Gesamtheit.““

cretär und ab dem Jahr 2000 Klubdirektor. Lesern der NÖ GEMEINDE ist Leiss auch als Autor zahlreicher juristischer Fachbeiträge bekannt.

Durch die Arbeit im Gemeindereferat kam Leiss in Kontakt zu den Gemeindevertreterverbänden in Niederösterreich und natürlich auch mit dem Österreichischen Gemeindebund, den er als effiziente und professionelle Organisation kennen lernte. Als bestes Beispiel nennt er die alle vier Jahre stattfindenden Verhandlungen zum Finanzausgleich, wo der Gemeindebund gemeinsam mit dem Städtebund die Interessen der Kommunen vertritt.

„Mir ist aufgefallen, dass der Gemeindebund im Lauf der Jahre immer stärker

in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird“, stellt Leiss fest. Diesen Weg will er auch in Zukunft fortsetzen.

## Gute Zusammenarbeit mit den Landesverbänden

Ein Anliegen ist dem Niederösterreicher auch eine starke Vernetzung mit den Landesverbänden. „Eine gute Zusammenarbeit mit den Landesorganisationen stärkt den Gemeindebund in seiner Gesamtheit“, ist Leiss überzeugt. Die Stärke der Gemeinden liegt seiner Ansicht nach in ihrer Unmittelbarkeit. „Jeder kennt seinen Bürgermeister und die Gemeindefunktionäre. Sie sind Ansprechpersonen, wenn es Schwierigkeiten gibt. Und es wird erwartet, dass

sie Lösungen für Probleme bieten.“ Aufgabe des Gemeindebundes sei es nicht zuletzt, die Bürgermeister und Gemeinderäte bei dieser Aufgabe bestmöglich zu unterstützen.

Ein wichtiges Anliegen ist dem neuen Generalsekretär, dass die Gemeinden als Garanten für den Bestand der kulturellen Vielfalt des Landes gesehen werden. „Das betrifft nicht nur die Hochkultur, sondern auch die gesamten Strukturen im ländlichen Raum.“

Natürlich ist sich auch Leiss bewusst, dass es da und dort die Notwendigkeit gibt, Kooperationen herbeizuführen und Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz zu setzen, „aber die Struktur der Gemeinden sollte nicht angetastet werden.“

Um die kulturelle Identität zu erhalten, müssen die Gemeinden die nötigen Rahmenbedingungen schaffen können. „Ich kenne Fälle, wo eine Gemeinde für Nachbargemeinden die Schneeräumung übernehmen wollte und dadurch in Konflikt mit der Gewerbeordnung

gekommen ist, weil sie damit quasi unternehmerisch tätig geworden ist. Für solche und andere Fälle muss man Lösungen und die geeigneten Rahmenbedingungen finden.“

*„Um die kulturelle Identität zu erhalten, müssen die Gemeinden die nötigen Rahmenbedingungen schaffen können.“*

### Unterstützung für den Präsidenten

Als wichtigste Aufgabe des Generalsekretärs sieht Leiss es, den Präsidenten des Gemeindebundes bestmöglich zu unterstützen und Grundlagen für Verhandlungen zu erarbeiten. „Der Präsident hat zunächst die schwierige Innenaufgabe, einen Interessensausgleich zwischen den Gemeinden herbeizuführen. Aus Niederösterreich weiß ich, dass die Gemeinden sehr unterschiedlich sind. Bundesweit betrachtet sind die

Strukturen und Probleme noch viel differenzierter. Die Gemeinden rund um Wien stehen vor komplett anderen Herausforderungen als etwa Orte in den Bergen Vorarlbergs“, weiß Leiss um die Aufgaben, die der Gemeindebund-Präsident nach innen erfüllen muss. „Nach außen muss der Präsident die großen Themen vertreten, die alle Gemeinden betreffen, egal ob groß oder klein oder ob im Westen oder Osten, im Norden oder im Süden. Das betrifft viele Bereiche, etwa Soziales, die Bildung oder die Gesundheit, um nur einige zu nennen.“

Als Hobbies nennt Leiss Sport und Musik. „Mangels Zeit konzentrieren sich meine sportlichen Aktivitäten jetzt nur mehr auf das Golfspielen“, klagt er. Bei der Musik reicht das Interessenspektrum von der Klassik bis zum Jazz. Aber auch beim Reisen kann sich der neue „General“ entspannen. Da er aber Anfang Juli sein neues Amt angetreten hat, wird sich heuer höchstens noch ein Kurzurlaub im August ausgehen.

## Neue Blutbank eröffnet

### Modernes Transfusionsmedizinisches Zentrum in St. Pölten

Am Landeskrankenhaus St. Pölten sind die Bauarbeiten für die neue Blutbank in nicht ganz einem Jahr nach dem Spatenstich erfolgreich abgeschlossen worden. Auf vier Ebenen mit ca. 2.500m<sup>2</sup> Geschossfläche steht nun in St. Pölten eines der modernsten Transfusionsmedizinischen Zentren Österreichs zur Verfügung. In den Neubau der Blutbank als einer der ersten Neubaumaßnahmen investiert das Land NÖ 14,3 Millionen Euro.

„Die erstklassige medizinische und pflegerische Versorgung der Patientinnen und Patienten hat in den NÖ Landeskliniken oberste Priorität. Mit dem Neubau der Blutbank wurde der erste Meilenstein für den Gesamtausbau gesetzt, in den das Land Niederösterreich insgesamt rund 510 Millionen Euro

investiert, um das Landeskrankenhaus zu einem modernen Gesundheitszentrum der Zukunft auszubauen“, betonte Landeshauptmann-Stellvertreter Wolfgang Sobotka.

In der neuen Blutbank erlauben modernste Kühlräume eine sichere Lagerung der jährlich rund 15.000 Blutkonserven entsprechend neuester technischer Standards. Der großzügige Spendebereich im Erdgeschoß beinhaltet vier Blutspendeplätze, zwei Plätze zur Thrombozytenspende sowie einen Ruheraum zur Nachbetreuung der Spenderinnen und Spender. Für Spender der Blutbank St. Pölten kann eine Blutspende unter optimalen Bedingungen garantiert werden. Im ersten Obergeschoß der Blutbank stehen Labors, in denen die neuesten medizintechnischen Geräte zum Einsatz kommen.



In der neuen Blutbank erlauben modernste Kühlräume eine sichere Lagerung der jährlich rund 15.000 Blutkonserven entsprechend neuester technischer Standards



Eitel Wonne nach dem Landtagsbeschluss vom 10. Juli 1986: Regierung und Landtag freuen sich auf dem Balkon des alten NÖ Landhauses in der Wiener Herrengasse.

# Die Gemeinden haben davon **profitiert**

*Niederösterreichs Hauptstadt ist 25 Jahre alt*

Der 10. Juli 1986 war zweifellos einer der markantesten Tage in Niederösterreichs jüngerer Geschichte: Der NÖ Landtag fasste den einstimmigen Beschluss, Sankt Pölten zur Landeshauptstadt zu erheben. Dieser Änderung der Landesverfassung war eine mehr als zweijährige vom damaligen Landeshauptmann Siegfried Ludwig losgetretene Kampagne vorausgegangen. Sie gipfelte zunächst am 1. und 2. März 1986 in der ersten NÖ Volksbefragung mit mehrheitlicher Zustimmung für eine

Hauptstadt und endete nach intensiven Parteienverhandlungen und der Festlegung auf Sankt Pölten an eben diesem 10. Juli.

Damit hatte eine 65-jährige hauptstadtlose Zeit für Niederösterreich ein Ende gefunden. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde das „Erzherzogtum Österreich unter der Enns“, das territorial Wien und Niederösterreich umfasste, getrennt und auf zwei neue Bundesländer aufgeteilt. Was bedeutete, dass Niederösterreich seine bisherige Hauptstadt, Wien, verlor, zunächst keine neue

Hauptstadt erhielt, die NÖ Zentralstellen jedoch weiter in Wien verblieben. Trotz mehrerer vergeblicher Anläufe dauerte es bis in die 80er-Jahre, ehe die Hauptstadtfrage im Sinne einer eigenen Landesmetropole entschieden wurde.

## **Königs Idee Regionalisierung**

Der Hauptstadtbeschluss hatte auch aus Sicht der Gemeinden besondere Bedeutung: Eine Paketlösung sah gleichzeitig die Stärkung der Regionen und Gemeinden vor, die sogenannte Regionalisierung, die im übrigen vielfach als

Königs idee gewertet wurde, weil sie auch manche Hauptstadtgegner überzeugte. Konkret wurde dafür die jährliche zusätzliche Bereitstellung von 500 Millionen Schilling auf 20 Jahre festgelegt. Davon sollten 150 Millionen direkt an die Gemeinden und 350 Millionen in die Regionen – und damit indirekt wieder an die Gemeinden – fließen. Die Hauptstadtgründung hat damit sicher gestellt, dass das Land als Ganzes seither eine enorme Aufwärtsentwicklung genommen hat.

### Zweifler umgestimmt

„Dieser besondere Aspekt der Hauptstadtgründung, die gleichzeitige Stärkung der Regionen und Gemeinden, war für zweifelnde Gemeindevertreter eine zusätzliche Motivation, für eine eigene Hauptstadt zu stimmen“, verweist GVV-Präsident Alfred Riedl rückblickend auf die nicht immer einfache Meinungsbildung. Und Riedl weiter: „Entscheidend war und ist, dass die Wertschöpfung jetzt weitgehend im Land

bleibt und von der neuen Infrastruktur auch unsere Gemeinden profitieren.“

### Hilfe zur Selbsthilfe

Die Bilanz der Regionalisierung ist beachtlich: Inklusive der verstärkten Gemeindeförderung wurden in diesen 20 Jahren an die 1200 Projekte mit einer Investitionssumme von 24 Milliarden Schilling (ca. 1,7 Milliarden Euro), davon 750 Millionen Euro aus dem Regions- und Gemeindetopf, umgesetzt. Dies nach dem Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“, will heißen, erst die Regionalisierungsmittel als Teil der Gesamtinvestition waren Hebel zur Verwirklichung einzelner Projekte. Dabei handelt es sich um wirtschaftliche, kulturelle, soziale und touristische Vorhaben, die ohne Regionalisierung wohl nicht verwirklicht worden wären.

### Der GVV in St. Pölten

Nicht zuletzt war der Hauptstadtbeschluss auch für den GVV der Volkspartei NÖ von weittragender Bedeu-

tung: Das GVV-Büro übersiedelte im März 2000 – nach 53 Jahren in Wien – nach Sankt Pölten in das neue Haus 2.1 der Volkspartei, nachdem Christian Schneider schon seit 1996 die Außenstelle des GVV in der Landeshauptstadt geleitet hatte.

*Die Bilanz der Regionalisierung ist beachtlich.*

Heute, ein Vierteljahrhundert danach, ist die Hauptstadt diskussionslose Realität, eine Selbstverständlichkeit, die dem Land und den Gemeinden nachhaltige Vorteile gebracht hat. Die „Kampfjahre“ 1984 bis 1986 sind Geschichte. Das Zustandekommen der Landeshauptstadt war, auch das ist zu sagen, ein vorbildlicher Prozess einer demokratischen Meinungsbildung. Das Hauptstadtjubiläum wird zu Recht als Rückschau auf ein erfolgreiches Stück „blau-gelber“ Zeitgeschichte begangen.

## Vom Umgang mit **Energieverknappung**

### Umwelt-Gemeinde-Tag am 9. September in St. Pölten

Am 9. September 2011 findet im Landhaus in St. Pölten zum zweiten Mal der Umwelt-Gemeinde-Tag der Umweltberatung statt. Themen der Veranstaltung für Gemeindevertreter sind heuer der Umgang mit Energie- und Ressourcenverknappung und die Gestaltungsmöglichkeiten für eine zukunftsfähige Gemeindeentwicklung. Im Mittelpunkt stehen rasch umsetzbare Handlungsmöglichkeiten im Einflussbereich der Gemeinden ebenso wie strategische Weichenstellungen.

Gemeinden, die schon heute beginnen Infrastruktur, Raumplanung und Energieverbrauch auf ökologisch und sozial nachhaltige Strukturen anzupassen, werden in Zukunft profitieren: Der Einsatz erneuerbarer Energieträger reduziert nicht nur Abhängigkeiten, sondern

schafft auch wirtschaftliche Impulse durch neue Arbeitsplätze und regionale Wertschöpfung.

Die Energieziele des Landes Niederösterreich stehen daher bei der Veranstaltung ebenso auf dem Programm, wie Möglichkeiten zur Finanzierung der Energiewende. Ein weiteres wichtiges Thema ist die Raumplanung in Gemeinden, die sich an einer dezentralen Energieversorgung und der Reduktion des Individualverkehrs orientieren sollte. Steigende Treibstoffpreise und klimatische Veränderungen sind zwingende Gründe, um kompakte Siedlungsstrukturen zu errichten, die sich gut in die umgebende Natur integrieren. Der Umwelt-Gemeinde-Tag richtet sich an Gemeindefürsprecher, Bürgermeister, Umweltgemeinderäte sowie Verwaltungsbedienstete.



### Anmeldung

Tel.: 02742 22 14 44 oder E-Mail  
[gemeindeservice@umweltberatung.at](mailto:gemeindeservice@umweltberatung.at)  
[www.umweltgemeinde.at](http://www.umweltgemeinde.at)



Landeshauptfrau Barbara Schwarz (5. v. l.) im Kreise der Vertreterinnen und Vertretern der Pilotgemeinden zu Gender Budgeting

# Es geht um mehr Geschlechter-Gerechtigkeit

*Besserer Mitteleinsatz durch „Gender Budgeting“*

**von Prof. Dr. Franz Oswald**

Um eine verbesserte Geschlechter-Gerechtigkeit, mehr Transparenz im Mitteleinsatz der Gemeinden und damit um mehr Budgeteffizienz ging es beim Projekt „Gender Fokus – Chancengleichheit in regionalen und kommunalen Budgets“, dessen Abschlussveranstaltung kürzlich in Sankt Pölten stattfand. Dieses europäische Pilotprojekt wurde von der NÖ Landesakademie in Partnerschaft mit der Kommunalakademie NÖ, dem Land und ecoplus unter Teilnahme von fünf niederösterreichischen und zehn tschechischen Pilotgemeinden sowie zwei ausländischen Kreisämtern durch-

geführt. In Niederösterreich nahmen die Gemeinden Bad Traunstein, Horn, Krems, Poysdorf und Spillern teil.

## **Es geht nicht um Gerechtigkeit, sondern um Effizienz**

Landeshauptfrau Barbara Schwarz erläuterte Sinn und Zweck dieses Projekts: „Gender Budgeting stellt für Gemeinden – gerade in Zeiten knapper Ressourcen – ein wertvolles Instrument dar, um Budgetausgaben zu analysieren. Es geht dabei nicht nur um Geschlechtergerechtigkeit, sondern auch um Effizienz des Gemeindehaushaltes – sprich: um Spareffekte. Das heißt, bei genauer Kenntnis der geschlechterspezifischen Auswirkungen der Gemeindeausgaben,

also der Ausgaben für Männer und Frauen, sind echte Spareffekte möglich. Das ist Sinn des Gender Budgeting.“ Das Ergebnis dieses Pilotprojektes liegt nun in einem Leitfaden vor, der einen sechsstufigen Prozess beschreibt, in dem Gender Budgeting eingeführt wird. Kommunalakademie-Direktor Harald Bachhofer zeigt sich befriedigt über den Verlauf dieses Pilotprojektes, bei dem sich einmal mehr die Zusammenarbeit der Kommunalakademie mit einem Kooperationspartner vom Rang der Landesakademie bewährt hat. Die Erkenntnisse dieses Projektes kommen den Gemeinden, speziell einer effizienten und damit sparsamen Budgetgestaltung zugute.



Besonders erfreulich war die Teilnahme von vier Bürgermeistern, da deren Erfahrung aus der politischen Praxis einen zusätzlichen Mehrwert für die Gruppe darstellte

## Der Einsatz hat sich gelohnt ...

### *Feierliche Diplomverleihung an 19 neue Kommunalmanager*

Nach 13 Modulen und intensiver Vorbereitungszeit für die Projektarbeit und Präsentation, hat sich der Einsatz für die 19 Kommunalmanager gelohnt. 22 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren gestartet, 19 schafften es bis zum Ziel. Aus den Händen von GVV-Präsident Alfred Riedl, LAbg. Ing Johann Hofbauer und VP-Landesgeschäftsführer Gerhard Karner erhielten die Absolventen die lang ersehnten Diplome. Alfred Riedl: „Bildung und Wissen sind jene Faktoren, die letztlich unsere bestens und modern geführten Gemeinden in Niederösterreich widerspiegeln. Daher ist Aus- und Weiterbildung das Um und Auf für die tägliche Arbeit in den Gemeinden.“ Die neuen Kommunalmanager haben nun die Möglichkeit, das erlernte Wissen

in die Praxis umzusetzen, da sie alle in unterschiedlichen Funktionen in ihren Heimatgemeinden aktiv sind. Besonders erfreulich für die Akademie 2.1 war auch die Teilnahme von vier Bürgermeistern, da deren Erfahrung aus der politischen Praxis einen zusätzlichen Mehrwert für die Gruppe darstellte. Die Gruppe hatte auch eine gute Mischung, da die Teilnehmer aus elf Bezirken und 18 Gemeinden kamen. „Bildung bedeutet das Zusammenspiel von Wissen, Information und Kommunikation, genau das sind die entscheidenden Faktoren für unsere zukünftigen Erfolge und die Basis für die ständig wachsenden Herausforderungen in der Kommunalpolitik. Die finalen Präsentationen der Teilnehmer bildeten zugleich den Abschluss. Die praxisorientierte Ausbildung verschafft den

Absolventen einen hervorragenden Vorsprung in der Gemeindepolitik“, so Akademie 2.1-Geschäftsführer Karl Nehammer.

Der achte Lehrgang ist bereits im Lauf und wird im Dezember 2011 abschließen.

#### Informationen

Für das Jahr 2012 wird schon der neunte Kommunalmanagerlehrgang geplant. Akademie 2.1-Geschäftsführer Karl Nehammer freut sich auf Interessenten unter E-Mail

[karl.nehammer@akademie21.at](mailto:karl.nehammer@akademie21.at)  
oder Tel.: 02742/9020-167.

Die Akademie 2.1 ist auch auf facebook.com und freut sich auf Ihren Besuch!

# Der Quereinsteiger wurde Kurort-Bürgermeister

*Kurt Jantschitsch, neuer GVV-Bezirksobmann von Gänserndorf*

**von Prof. Dr. Franz Oswald**

Aufs Gestalten kommt's an, verwalten allein ist mir zuwenig. So motiviere ich auch neue Kräfte für die Kommunalpolitik“, umschreibt der neue GVV-Bezirksobmann von Gänserndorf und Bürgermeister von Bad Pirawarth, Kurt Jantschitsch, sein politisches Credo. Der drahtige braungebrannte 53-Jährige ist seit sieben Jahren Bürgermeister des Kurortes und hat mit seiner Dynamik zum Top-Zustand der Marktgemeinde wesentlich beigetragen. Das großzügig gestaltete Gemeindehaus am Prof. Knesl-Platz, benannt nach dem bekannten heimischen Bildhauer, zeugt davon, dass sich der Kurort in einer nicht ungünstigen finanziellen Situation befindet und sogar ausgeglichen bilanziert.

**Kur- und Wirtschaftszentrum**  
Bad Pirawarth ist eine traditionsreiche

Kurgemeinde. Nach einem vorübergehenden Dornröschenschlaf nach Auffinden neuer Heilquellen wieder zum Leben erwacht, verfügt der Ort heute über ein Kurzentrum mit 300 Betten und ebenso vielen Bediensteten und damit gleichzeitig über ein beachtliches Wirtschaftszentrum. Auch sonst ist hier an Infrastruktur, Verschönerung und Lebensqualität in den vergangenen Jahren viel passiert.

## Engagiert und amikal

Geboren als Lehrersohn am 15. August 1957, absolvierte Jantschitsch Matura und PÄDAK, wurde Hauptschullehrer (Mathematik, Turnen), ist seit 32 Jahren an der Hauptschule Gaweinstal tätig und jetzt deren Direktor. Als Quereinsteiger kam er auf Wunsch des damaligen Bürgermeisters in die Kommunalpolitik, engagierte sich zunächst vor allem im Verschönerungsverein und wurde im Februar 2004 Bürgermeister. Der Wille zum Gestalten, zum Dienst an der Gemeinschaft und nicht zuletzt ein amikaler Führungsstil zeichnen den Pädagogen und Vater zweier erwachsener Kinder aus. Die regionalen und lokalen Chancen verstärkt zu nutzen, ist ein weiteres Prinzip des neuen GVV-Bezirksobmanns. Der klassische „Brünnersträßler“, der nach Lage an der Brünnerstraße B 7 benannte Grüne Veltliner mit seiner unverkennbaren Säure, wird jetzt als spezielles Gütezeichen der Region verstärkt vermarktet. Ebenso bieten – insbesondere im Hinblick auf die Lage im Einzugsgebiet der Millionenstadt Wien – die Heurigen, die Gasthöfe und die bäuerlichen Direktvermarkter Qualität zu nahezu konkurrenzlosen Preisen. Das Weinviertel, fälschlich oft als verschlafen und geichtslos gesehen, lebt in vielfacher

Hinsicht, nicht zuletzt dank seiner gestaltungsfreudigen Kommunalpolitiker.

## Mit dem Info-Netz des GVV

Kurt Jantschitsch hat die Funktion des Gänserndorfer GVV-Bezirksobmanns von Herbert Nowohradsky übernommen und trifft seine Bürgermeister- und Ortsparteiobmannskollegen regelmäßig zu Bürgermeister-Stammtischen. Hauptanliegen ist derzeit die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, insbesondere die Notwendigkeit des Ausbaus der B 8 sowie der Schnellbahn-Intervalle. Jantschitsch, der auch rasch die Vorzüge des Informations- und Hilfsnetzes des GVV schätzen gelernt hat, sorgt für die notwendige Meinungsbildung im Bezirk und dafür, die Probleme an die richtigen Stellen heranzutragen. „Mit dem Pflegefonds wurde den Gemeinden der ärgste finanzielle Druck auf diesem Gebiet genommen“, zeigt sich der neue Bezirksobmann erleichtert, dass jetzt in dieser Richtung eine Verbesserung für die Gemeinden eingetreten ist. Und er erweist sich als Verfechter der Gemeindestruktur, wie sie jetzt ist. Dies aus Erfahrung und Überzeugung. „Mit interkommunaler Zusammenarbeit, mit Kooperationen auf vielen Gebieten haben wir Gemeindefusionen dort vorweggenommen, wo sie noch sinnvoll wären“, ist Jantschitsch ein überzeugter Verfechter des jetzigen kommunalen Status.

Kraft holt sich Kurt Jantschitsch in der Familie, in der Musik (als Baßgitarist), beim Tennis, bei körperlicher Arbeit. Nicht zuletzt lebt man ja in einem Kurort, Gesundheitsbewusstsein ist angesagt. Und damit ist eine wesentliche Kraftquelle auch für die Kommunalpolitik gesichert.



**Bürgermeister Kurt Jantschitsch mit seiner Tochter Julia**

## Impressum:

**Herausgeber:** Gemeindevertreterverband der Volkspartei Niederösterreich (Kommunalpolitische Vereinigung - KPV) 3100 St. Pölten, Ferstlergasse 4

**Mit der Herausgabe beauftragt:** Landesgeschäftsführer Mag. Christian Schneider

**Medieninhaber:** Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., 1010 Wien, Löwelstraße 6, Tel.: 01/532 23 88-0, Fax: 01/532 23 77

**Geschäftsführung:** Mag. Michael Zimperf  
**Chefredakteur:** Mag. Helmut Reindl, E-Mail: helmut.reindl@kommunal.at

**Mitarbeit:** Mag. Sotiria Taucher, Prof. Franz Oswald, Dr. Walter Leiss, Mag. Christian Schneider, Dr. Raimund Heiss

**Anzeigenverkauf:** Thomas Hausner, Tel.: 01/532 23 88-25, E-Mail: thomas.hausner@kommunal.at

**DTP:** Österreichischer Kommunal-Verlag, Stefan Hecke, stefan.hecke@kommunal.at

**Fotos:** Bildstelle der NÖ Landesregierung, Erwin Wodicka (www.bilderbox.biz), Foto Baldauf (www.bilder.services.at), Buenos Dias/photos.com

**Hersteller:** Leykam Druck, 7201 Neudörfel  
**Erscheinungsort:** 2700 Wr. Neustadt

**Auflage kontrolliert:** 12.800 Exemplare. Direktversand ohne Streuverlust an folgende Zielgruppen in NÖ: Mandatare und leitende Bedienstete in allen NÖ Gemeinden (Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte, Ortsvorsteher und leitende Gemeindebeamte). Alle NÖ Abgeordneten zum National- und Bundesrat sowie Landtag, alle Mitglieder der Landes- und Bundesregierung und alle Abteilungsleiter und deren Stellvertreter beim Amt der NÖ Landesregierung. Alle Bezirkshauptleute und deren Stellvertreter sowie alle Fachjuristen der Bezirkshauptmannschaften in NÖ. Alle Leiter und deren Stellvertreter der Gebietsbauämter in NÖ sowie alle Sachverständigen des Landes, der Bezirkshauptmannschaften und der Gebietsbauämter. Alle Bezirks- und Landesfunktionäre sowie leitenden Beamten der gesetzlichen Interessenvertretungen in NÖ (Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Arbeiterkammer) sowie alle Abteilungsleiter von Landesgesellschaften. Alle Funktionäre und Geschäftsführer von in NÖ relevanten Verbänden, Organisationen und Institutionen.

Dieses „Fachjournal für Kommunalpolitik“ erreicht alle für die Kommunalpolitik wichtigen Meinungsträger im größten österreichischen Bundesland. Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung der jeweiligen Autoren wieder und liegen in deren alleiniger Verantwortung. Persönlich gezeichnete Berichte müssen sich daher nicht mit der Auffassung des Herausgebers oder Medieninhabers decken.

Mit „E.E.“ gezeichnete Artikel sind bezahlte Informationen.

# Mit dem GW in die Landesausstellung

## Gewinnspiel für Gemeinden

„Erobern – Entdecken – Erleben im Römerland Carnuntum“ lautet das Motto der Niederösterreichischen Landesausstellung 2011. In Kooperation mit der Schallaburg KulturbetriebsGesmbH. verlost der GVV der VP NÖ wie schon im Vorjahr wieder eine Gruppenkarte für 20 Personen im Wert von 160 Euro für einen Besuch in die NÖ Landesausstellung 2011.

Wenn Sie gewinnen wollen beantworten Sie folgenden Frage und schicken die richtige Antwort per E-Mail an [sotiria.taucher@vp-gvv.at](mailto:sotiria.taucher@vp-gvv.at).

Wie heißen die drei Gemeinden, in denen die NÖ Landesausstellung 2011 „Erobern - Entdecken – Erleben im Römerland Carnuntum“ stattfindet?

# DER HYPO NOE-Bierempfang am Städtetag

Anlässlich der Auftaktveranstaltung beim 61. Österreichischen Städtetag in St. Pölten konnten Generaldirektor Peter Harold, Nikolai de Arnoldi und Wolfgang Viehauser prominente Ehrengäste persönlich am HYPO-Messestand begrüßen.

„Das Veranstaltungsmotto ‚Starke Städte, starke Regionen – klare Aufgaben, faire

Finanzen‘ spiegelt sich im Angebot der HYPO NOE Gruppe wider, sodass wir uns am Städtetag perfekt zu Finanzierungsfragen, zu Lösungen und Reformvorhaben der Städte und Gemeinden sowie auch zu kurz- oder langfristigen Zukunftsvorhaben perfekt einbringen konnten“, so der Leiter Public Finance der HYPO NOE Gruppe, Wolfgang Viehauser.



EU-Kommissar Johannes Hahn, Landeshauptmann Erwin Pröll, HYPO NOE Generaldirektor Peter Harold, der Wiener Bürgermeister und Präsident des Städtebunds Michael Häupl und Innenministerin Johanna Mikl-Leitner



# WIR FINANZIEREN AUTOS. UND DIE STRASSEN, AUF DENEN SIE FAHREN.

Als Spezialist für Finanzierungen der öffentlichen Hand bietet die **HYPO NOE GRUPPE** maßgeschneiderte und individuelle Lösungen. Der ganzheitliche Ansatz für öffentliche Auftraggeber beginnt bei einer umfassenden Bedarfsanalyse mit kompetenter Beratung und reicht bis zur **professionellen Abwicklung inklusive**

#### **zuverlässiger Projektrealisation.**

Über effektive Finanzierungskonzepte aus einer Hand - für die öffentliche Hand - informiert Sie der Leiter Public Finance & Corporates Austria, Wolfgang Viehauser, unter +43(0)5 90 910-1551, [wolfgang.viehauser@hyponoe.at](mailto:wolfgang.viehauser@hyponoe.at)